

### Die Standesherabsetzung der Volkswehr.

Wie bereits berichtet, hat sich auf Drängen der Entente das Staatsamt für Heerwesen gezwungen gesehen, eine Standesherabsetzung der Wiener Volkswehr um ein Viertel zu verfügen. Diese Verminderung soll am letzten Mai durchgeführt sein und wird 3480 Mann betreffen, während 10.436 Mann zurückbleiben. Jedem ausgeschiedenen Soldaten wird ohne Rücksicht auf die Dauer seiner Dienstzeit das vorgeschriebene Kündigungs-geld ausbezahlt werden.

Gegen diese Verfügung wurde in den Kreisen der Volkswehr eine lebhafteste Agitation mit einem Flugblatt der Zeitschrift „Der rote Soldat“ getrieben. Das Flugblatt fordert zum Besuch einer Versammlung der Volkswehr auf, welche für heute einberufen wurde. Nach unfern Erläuterungen an maßgebender Stelle ist ein ruhiger Verlauf dieser Versammlung zu erwarten. Gegenstand der Debatte werden materielle Forderungen sein, welche sich auf einen Vergleich zwischen den Gebühren eines Volkswehmannes und der Arbeitslosenunterstützung beziehen, welche die ausgeschiedenen Soldaten vorläufig zu erwarten haben. Der Versammlung werden nur die dienstfreien Volkswehrleute beizuhören. Das Kommando der Volkswehr erwartet einen vollkommen ruhigen Verlauf und weist jede Spur einer Befürchtung zurück.

Auch der Staatssekretär für Heerwesen Doktor Deutsch hält alle Alarmgerüchte für müßig. Die Volkswehr weiß — so erklärt er —, daß auf Drängen der Entente der Abbau auch in Wien durchgeführt werden muß, wie er in der Provinz bereits stattfand. Niemand erwarte Gewalttätigkeiten, welche nur die Sache der Reaktion unterstützen würden, die schon längst eine Gelegenheit zu energischem Vorgehen suche.

#### Eine Erklärung des Staatssekretärs für Heerwesen.

Der Staatssekretär für Heerwesen Dr. Deutsch äußerte sich heute gegenüber einem Berichterstatter über die Frage wie folgt: „Der der Nachricht zugrundeliegende Tatbestand beschränkt sich darauf, daß infolge des bekannten Einschreitens der Entente 25 Prozent der Wiener Volkswehr nunmehr ebenso abgebaut werden müssen, wie das in der Provinz bereits geschehen ist. Daß eine solche Maßnahme nicht leicht durchzuführen ist, versteht sich von selbst, und ebenso, daß die Entlassenen hart getroffen erscheinen. Gegenüber der Notwendigkeit jedoch, die Forderung der Entente, wenn auch nur schrittweise zu erfüllen, mußten vom Staatsamte für Heerwesen alle Bedenken zurückgestellt werden. Es blieb leider nichts andres übrig, als nachzugeben und, um die Volkswehr als Ganzes zu retten, einen kleinen Teil zu opfern. Wenn von den Kommunisten der Abbau der

Volkswehr zu einer demagogischen Agitation benützt werden sollte, werden sie damit nichts andres erreichen, als daß sie Wasser auf die Mühlen der Reaktion treiben, die nichts sehnlicher wünscht, als durch Unbotmäßigkeit einzelner Teile der Volkswehr einen Vorwand zum Scharfmachen der Entente gegen die ganze Volkswehr zu schaffen.“